

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2015*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Wie immer nach einer Sitzung des Nationalrats erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Diskutiert und abgestimmt haben wir dieses Mal u.a. über ein Gesetz zur Kontoeinschau, mehr Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und weniger Bürokratie bei der Sozialversicherung.

An alle die heute meinen Newsletter erstmalig erhalten haben, habe ich folgende Bitte: Ich habe diesen Newsletter über meinen Verteiler geschickt, aber auch die Landespartei gebeten, ihn über ihren Verteiler zu senden. Falls Ihr zukünftig gerne über die neuesten Gesetze, Beschlüsse, Debatten und über meine Arbeit im Nationalrat informiert werden wollt, dann schickt mir einfach eine kurze Email an christine.muttonen@parlament.gv.at. Ich nehme Euch dann gerne in meinen Verteiler auf. Den Newsletter verschicke ich direkt nach jeder Nationalratssitzung. Er beinhaltet:

- kurze Informationen über die auf der Sitzung beschlossenen Gesetze mit weiterführenden Links
- Informationen über weitere Beschlüsse und Debatten der Sitzung
- Informationen über meine Arbeit als Nationalrätin, u.a. meine Reden und Pressaussendungen

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Top-Themen

Einigung zur Kontoeinschau – Das Bankgeheimnis als Schutzfunktion für Steuerhinterzieher ist Geschichte

SPÖ und ÖVP haben sich mit den Grünen auf die Details zur Kontoeinschau geeinigt – damit ist die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit für den Beschluss im Parlament gesichert. Die neue Regelung: Wenn es bei einer Steuerprüfung Zweifel gibt, ob die Angaben des Steuerpflichtigen richtig sind, **kann die Finanzbehörde** – auf Antrag des Leiters und nach Prüfung durch einen Richter des Bundesfinanzgerichtes – von der Bank die **Kontoeinschau verlangen**.

Ein Richter prüft innerhalb von drei Tagen, ob die formalen Kriterien eingehalten wurden. Die neuen Regeln gelten für alle Verfahren im Finanzbereich, also Abgabeverfahren und Finanzstrafverfahren. Man kann gegen die Entscheidung des Richters zwar berufen, das Verfahren wird aber dadurch nicht verzögert. **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder:** "Damit schaffen wir eine **moderne, dem Datenschutz entsprechende Regelung**. Das Bankgeheimnis als Schutzfunktion für Steuerhinterzieher ist damit Geschichte."

250 Mio. Euro für ältere ArbeitnehmerInnen

Mehr Mittel für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit: **2016 und 2017 gibt es 250 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich an Förderungen**, damit **ältere Arbeitslose**, die länger als sechs Monate auf Jobsuche sind, wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Denn gerade für ältere ArbeitnehmerInnen ist die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt schwierig. Außerdem werden durch das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz weitere **20 Mio. Euro pro Jahr zur Finanzierung der Kurzarbeit** zur Verfügung gestellt. Durch Kurzarbeit kann das Risiko, arbeitslos zu werden, verringert werden. **SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch** betonte, wie wichtig diese Maßnahmen bei der derzeitigen Arbeitsmarktsituation sind. Gleichzeitig forderte er weitere **Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und für fairen Wettbewerb**.

Sozialversicherung: Weniger Bürokratie für Betriebe & ArbeitnehmerInnen

Die Anmeldung von ArbeitnehmerInnen bei der Sozialversicherung (SV) und die Übermittlung von Lohndaten an die SV wird auf neue Beine gestellt und bringt bürokratische Erleichterungen für Betriebe und ArbeitnehmerInnen - ein wesentlicher **Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung**. Unter anderem werden Verzugszinsen bei Sozialversicherungs-Schulden gesenkt und die tägliche Geringfügigkeitsgrenze abgeschafft. Die Meldung der Beitragsgrundlagen erfolgt künftig monatlich und elektronisch. Dadurch **erhalten ArbeitnehmerInnen Leistungen**, wie etwa das Krankengeld, **einfacher und weniger bürokratisch**. **SPÖ-Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig** sprach von einem **"großen Schritt bei der Verwaltungsreform**. Andere reden darüber, der Sozialminister setzt sie um."

Verbot rechtsextremer Chiffren bei Autokennzeichen

In Zukunft wird sichergestellt, dass **Buchstaben- und Ziffernkombinationen, die in rechtsextremen Kreisen als Codes verwendet werden**, wie zum Beispiel 88 oder H8, die beide für Heil Hitler stehen, oder 18 für Adolf Hitler oder C18, ein Code für die Kampftruppe Adolf Hitlers, auch in Ziffern-/Buchstabenkombinationen mit der Behördenbezeichnung nicht mehr möglich sind. **SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl: "Für rechtsextreme Umtriebe ist in unserer Gesellschaft kein Platz!"**

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 17. Juni 2015

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz ([633 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Meldepflicht-Änderungsgesetz ([641 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Rechnungshof-Bericht zu Gruppenbesteuerung, Schüler mit Migrationshintergrund u.a. - Reihe Bund 2013/6 ([III-19/648 d.B.](#))

Ein Bericht des Rechnungshofes (RH) zur Gruppenbesteuerung listet u.a. die Schwächen dieses von der schwarz-blauen Regierung eingeführten Steuerprivilegs für Konzerne auf. Bereits 2014 wurde auf SPÖ-Druck die Gruppenbesteuerung reformiert. Ein weiterer RH-Teilbericht befasst sich mit der Situation von SchülerInnen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem. Der Rechnungshof bemängelt darin u.a. die zersplitterte Kompetenzlage, die die Koordination von Fördermaßnahmen erschwere. Für SPÖ-Rechnungshofssprecher Elmar Mayer bestätigt der Bericht die Forderung der SPÖ, dass der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule verbessert werden

muss. So müssten etwa Daten zur Sprachförderung vom Kindergarten an die Schulen weitergegeben werden können.

Für eine gemeinsame, humanitäre Asylpolitik in Europa ([675 d.B.](#))

Auf Initiative von u.a. SPÖ-Menschenrechtssprecher Franz Kirchgatterer hat das Parlament einen Entschließungsantrag zur Menschenrechtssituation an den EU-Grenzen beschlossen. Unter anderem wird die Innenministerin aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine gemeinsame, humanitäre EU-Asylpolitik, eine quotenmäßige Aufteilung von Flüchtlingen, für humanitäre Aufnahmeprogramme sowie für die Eindämmung von Schlepperkriminalität einzusetzen.

NR-Sitzung vom 18. Juni 2015

Kraftfahrzeuggesetz – Aus für Nazi-Nummerntafeln ([659 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Kraftfahrzeuggesetz-Novelle – Betonmischer: Höheres Gewicht, weniger Fahrten ([660 d.B.](#))

Das höchstzulässige Gesamtgewicht für 4-achsige Betonmischfahrzeuge wird erhöht. Das erspart laut einer Studie der Technischen Universität ca. 200.000 Fahrten pro Jahr bei gleichbleibender Transportleistung. Das entspricht einer Reduktion von 5.000 Tonnen CO₂-Emissionen. Die Verkehrssicherheit und der Straßenbetrieb werden laut Studie dadurch nicht beeinträchtigt. In der gleichen Novelle wurde auch das höchstzulässige Gesamtgewicht bei Omnibussen mit zwei Achsen um 1,5 Tonnen auf 19,5 Tonnen erhöht.

Führerschein-Novelle ([664 d.B.](#))

Mit der Gesetznovelle wurden eine Reihe von notwendigen Nachbesserungen und redaktionellen Änderungen vorgenommen, u.a. die Einführung eines eigenen Mindestalters für das Lenken von dreirädrigen Kraftfahrzeugen innerhalb der Klasse A (21 anstatt 20). Mit der Anbindung des Führerscheinregisters an das Europäische Führerscheinnetzwerk sind europaweite Abfragen, etwa zur Lenkerberechtigung, leichter durchzuführen.

Erhaltung der Bahnstrecke Friedberg-Oberwart-Ungarn ([666 d.B.](#))

Zur Eisenbahnstrecke Oberwart-Friedberg gibt es eine Lösung zwischen Verkehrsministerium und dem Land Burgenland: Die Trasse wird in das Eigentum des Landes übertragen. Es ist geplant, auf dieser Strecke Holztransporte durchzuführen und damit die Holzverarbeitenden Unternehmen zu bedienen. In einem Entschließungsantrag wird diese Lösung als vorbildhaft erwähnt und die Regierung aufgefordert, auch bei

weiteren Regionalbahnstrecken ("Nebenbahnen") die Möglichkeiten für einen Fortbestand zu prüfen.

Bürgerinitiative zur Aufrechterhaltung der Bahnlinie Oberwart-Friedberg ([665 d.B.](#))

Mit der Lösung zu dieser burgenländischen Bahnstrecke wird auch das Anliegen einer entsprechenden Bürgerinitiative umgesetzt.

Rücktritt vom Internationalen Energie-Agentur Durchführungsübereinkommen ([652 d.B.](#))

Österreich tritt aus dem Kohletechnischen Informationsdienst der Internationalen Energie-Agentur aus, weil es durch die EU ohnehin dort vertreten ist. Der Austritt erspart jährliche Beitragszahlungen in der Höhe von rund 90.000 Euro.

Novelle zum Informationsweiterverwendungsgesetz ([656 d.B.](#))

Die Umsetzung der europäischen PSI-Richtlinie schafft ein grundsätzliches Recht auf Weiterverwendung von Dokumenten öffentlicher Stellen. Damit verbessern sich nicht zuletzt die Rahmenbedingungen von Unternehmen, die auf diesen Informationen basierende Dienstleistungen anbieten wollen.

Maschinen-Inverkehrbringungs- und Notifizierungsgesetz – MING ([657 d.B.](#))

Das Gesetz setzt EU-Richtlinien um, u.a. Bestimmungen zu Aufzügen, Sportbooten und Geräten zur bestimmungsgemäßen Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen (z.B.: Zapfventile an Zapfsäulen, Bergwerksmaschinen,...)

Berufsausbildungsgesetz – Mehr Chancen für benachteiligte Jugendliche ([658 d.B.](#))

Mit dieser Novelle zum Berufsausbildungsgesetz werden neue Angebote vor allem für benachteiligte Jugendliche zum Erwerb von Abschlüssen der Sekundärstufe II ermöglicht bzw. erleichtert.

Reform der Gewerbeordnung – Kein Missbrauch bei 24-h-Pflege ([655 d.B.](#))

Die Vermittlung von 24-Stunden-Betreuung wird gewerberechtlich von der eigentlichen Personenbetreuung getrennt – das soll Missbrauch in diesem Bereich verhindern. In der gleichen Novelle zur Gewerbeordnung werden EU-Regelungen umgesetzt, die schwere Industrieunfälle wie in Seveso oder Bhopal verhindern sollen.

Novelle zum Mineralrohstoffgesetz ([653 d.B.](#))

Das Gesetz, mit dem drei EU-Richtlinien im österreichischen Recht umgesetzt werden, enthält verschiedene Bestimmungen, um Menschen und Umwelt besser vor gefährlichen Industrieschadstoffen zu schützen.

Bericht der Volksanwaltschaft – Wichtige Arbeit der Menschenrechts-Kommissionen ([III-154/677 d.B.](#))

Ein zentrales Thema im Bericht der Volksanwaltschaft für 2014 ist der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Hier bekräftigte die SPÖ ihre Position, dass die Länder ihre Verantwortung jetzt rasch wahrnehmen müssen und sich um eine ordentliche Betreuung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen kümmern müssen.

Der zweite Teil des Berichts befasst sich mit den Menschenrechts-Kommissionen der Volksanwaltschaft, die unangekündigt Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheime, Psychiatrien, Jugendeinrichtungen oder Justizanstalten besuchen und kontrollieren. Die Kommissionen hatten im Berichtsjahr insgesamt 428 Einsätze, in 272 Fällen beanstandete die Volksanwaltschaft die menschenrechtliche Situation. Für die SPÖ ist klar, dass Probleme und Missstände in manchen Einrichtungen oft ihre Ursache in Überforderung aufgrund von Personalmangel haben. Der Bericht zeigt, dass einheitliche Qualitätsstandards wie zum Beispiel Personalschlüssel, an die sich private genauso wie öffentliche Einrichtungen zu halten haben, fehlen und dringend notwendig wären. Auch von Seiten der Aufsicht müsste bei manchen Einrichtungen genauer hingeschaut werden, fordert die SPÖ.

Weitere Themen

Flüchtlingspolitik: "Menschen nicht gegeneinander ausspielen!"

Scharfe Kritik am Team Stronach, das in einer Aktuellen Stunde die Arbeitslosenzahlen mit dem Flüchtlingsthema vermischte, übten die SPÖ-Abgeordneten in der Debatte. **SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl** verlangte eine sachliche Diskussion; die Vermischung der Themen sei unseriös. Notwendig sei eine **solidarische Lösung auf EU-Ebene und zwischen den Bundesländern** zur Unterbringung von Flüchtlingen. **SPÖ-Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig wandte sich entschieden dagegen, "Menschen gegen Menschen auszuspielen."** Europa muss menschen-

würdige Lösungen finden für die Menschen, die in Österreich Schutz suchen – **"Zeltstädte schüren Ängste und heizen das politische Klima noch mehr an"**, kritisierte sie die Innenministerin.

Einen **Tiefpunkt in der Debatte** lieferte **FPÖ-Abgeordnete Belakowitsch-Jenewein**. Sie forderte, **Flüchtlinge in Bundesheer-Transportmaschinen abzuschieben**. Belakowitsch-Jeneweins unmenschliche Begründung: **"Da können sie so laut schreien, wie sie wollen. Da ist es so laut, da hört sie keiner."**

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Bestätigtes Urteil gegen Badawi ist erneuter Tiefpunkt für Menschenrechte in Saudi-Arabien \(08.06.2015\)](#)

[Muttonen zu Bildung der Rechtsfraktion im EP: Menschenverachtende und extremistische Politik ist kein Europaprogramm \(16.06.2015\)](#)

APA-Meldungen:

APA0104 5 AI 0179 AA Siehe APA0007 / 08.06 Mo, 08.Jun 2015

Wahlen / Staatsoberhaupt / Politische Bewegungen / OSZE / Türkei / Österreich

Türkei: SPÖ-Wahlbeobachterin sieht keine Wahlmanipulation

Utl.: Muttonen: Keinerlei Hinweise auf Wahlmanipulation festgestellt =

Istanbul/Wien (APA) - Die außen- und europapolitische Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen, hat bei den türkischen Parlamentswahlen keinerlei Verstöße feststellen können. "Es hat alles sehr gut funktioniert", sagte Muttonen im APA-Gespräch. Sie war am Sonntag als Wahlbeobachterin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der westlichen Hafenstadt Izmir im Einsatz.

"Ich habe nichts gesehen, was auf eine Wahlfälschung hingedeutet hat", sagte Muttonen. Langzeitwahlbeobachter hätten aber berichtet, dass zuvor der Wahlkampf mit unfairen Mitteln durchgeführt worden sei. So sei der zur politischen Neutralität verpflichtete Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan überproportional häufig in den Medien gewesen. "Wahlkampfveranstaltungen der CHP, der stärksten Partei in Izmir, mussten abgesagt werden, weil spontan Erdogan zu 'seinem' Volk sprechen wollte", so Muttonen.

Bei den Parlamentswahlen am Sonntag waren von der OSZE und dem Europarat 128 Wahlbeobachter in die Türkei entsandt worden. Insgesamt waren Zehntausende Wahlbeobachter im Einsatz, unter anderem auch von den türkischen Parteien. (Schluss) cak/tsc/ar

Griechenlandkrise: Gespräch mit Gertrude Tumpel-Gugerell



Eine lebhaftige Diskussion gab es am Donnerstag bei einem von mir organisierten Europafrühstück zum Thema Griechenland. Als Referentin hatte ich die Finanzexpertin Dr. Tumpel-Gugerell gewinnen können, die über lange Jahre für Österreich im Direktorium der EZB gesessen ist.

In der Diskussion wurde deutlich, dass sowohl die griechische Regierung in

der Pflicht ist, endlich wichtige Reformen in der Verwaltung, bei den Militärausgaben und im Steuerwesen vorzustellen und anzugehen. Aber auch die Eurogruppe muss sich bewegen und aufhören stur weitere unsoziale Sparmaßnahmen zu fordern, die besonders Familien, RentnerInnen und Arbeitslose treffen würden. Dass Griechenland beispielsweise nicht die Mehrwertsteuer auf Medikamente erhöhen will, weil bereits 1/3 der Bevölkerung nicht mehr durch eine Krankenversicherung geschützt sind, ist verständlich.

Besonders schädlich für eine Lösung ist meiner Meinung nach, wie in den öffentlichen Medien übereinander geredet wird und auf beiden Seiten schlimmste Ressentiments geschürt werden. Besser ist es, so wie es jetzt Bundeskanzler Faymann gemacht hat: nach Griechenland fahren, sich die Lage vor Ort ansehen, zuhören und die eigene Position vertreten – aber nicht schulmeisterlich sondern auf Augenhöhe.

Kuba: Annäherung mit den USA hoffentlich zum Wohle der KubanerInnen



Wie sehen die KubanerInnen die Chancen und Risiken, die sich durch die jüngsten Annäherungen mit den USA ergeben? Darüber habe ich diese Woche mit dem scheidenden kubanische Botschafter Marsan gesprochen.

Der Botschafter zeigte sich vorsichtig optimistisch. Kuba verfüge über eine sehr gut ausgebildete Bevölkerung, vor allem in den Bereichen Medizin und

Technik. Die Regierung werde jetzt intensiv daran arbeiten, die Menschen auf die wirtschaftlichen Veränderungen vorzubereiten, damit sie die neuen Chancen nutzen können und nicht unter die Räder kommen. Auch den Sozialstaat und die freie medizinische Versorgung werde man so absichern, dass sie für die Menschen erhalten bleiben.

"Cuban Five" freigelassen

Besonders gefreut habe ich mich auch über den Gast, den Botschafter Marsan dabei hatte. Ramón Labañino Salazar ist zur Zeit mit seiner Frau in Europa unterwegs, um sich bei seinen vielen UnterstützerInnen zu bedanken. Salazar gehört zu den sogenannten "Cuban Five", die von den USA 1998 wegen Spionagevorwürfen in einem "äußerst unfairen Prozess" (amnesty international) zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren. Gegen die Urteile gab es weltweit Proteste. Gemeinsam mit weiteren GenossInnen aus dem SPÖ Klub habe ich noch 2013 den damaligen Außenminister Spindelegger in einer Anfrage aufgefordert, sich für die Freilassung der Gefangenen einzusetzen. Zu dieser Freilassung war es jetzt im Zuge der Annäherung zwischen den USA und Kuba endlich gekommen. Im Zuge dieses Besuches wurde mir eine Dankesurkunde der "Five" überreicht, über die ich mich sehr gefreut habe.

Gespräche in Luxemburg



Am 28. und 29. Mai war ich gemeinsam mit weiteren österreichischen und deutschen GenossInnen zu Gesprächen in Luxemburg. Anlass war die im Juli beginnende Ratspräsidentschaft Luxemburgs.

Neben dem luxemburgischen Parlamentspräsidenten Mars Bartolomeo haben wir auch den Vorsitzenden des Europaausschusses Marc Angel und dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten Alex Bodry getroffen. Themen waren das Freihandelsabkommen TTIP – das die luxemburgischen GenossInnen ebenfalls sehr kritisch sehen, die Flüchtlingssituation im Mittelmeer, Griechenland, die wirtschaftliche Lage der EU und die Sterbehilfe.

Neben den Treffen mit unseren luxemburgischen Kollegen haben wir die Zeit genutzt, auch Gespräche mit Vertretern wichtiger europäischer Institutionen zu führen, darunter der Direktor der Europäischen Investitionsbank Werner Hoyer, Viktor Kreuzschitz, Richter am EuGH und Klaus Regling, geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

Wahlbeobachtung Türkei



Vom 04. bis 08. Juni war ich für die OSZE als Wahlbeobachterin in der Türkei. Die Wahlen selbst sind am Sonntag ohne größere Unregelmäßigkeiten über die Bühne gegangen. In Gesprächen mit Vertretern von Parteien, Medien und NGOs wurde gegenüber mir und meinen KollegInnen festgestellt, dass im Wahlkampf Druck auf die Medien ausgeübt worden ist. Auch die Omnipräsenz des türkischen Präsidenten Erdogan, der eigentlich zur Neutralität im Wahlkampf verpflichtet ist, wurde kritisiert. Beispielsweise mussten mehrere Parteien Wahlkundgebungen absagen, weil der Präsident zeitgleich eigene Veranstaltungen angesetzt hatte.

Die Anschläge auf Einrichtungen und Veranstaltungen der liberal gesinnten kurdischen Partei HDP, mit Toten und Verletzten waren natürlich ein großer Schock. Aber ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler mit einer Wahlbeteiligung von 86% die richtige Antwort gegeben haben. Mit der Überwindung der 10-Prozent-Hürde durch die HDP wurde die Alleinregierung der AKP beendet, die sich nun einen Koalitionspartner suchen muss.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at